

Pressemappe für Medienschaffende zur Medienkonferenz

**Sicherheit für unsere Familien –
Sicherheit durch Respekt**

***Konkrete Lösungsansätze –
Vorstösse der CVP-Fraktion im Kantonsrat***

Dienstag, 12. Februar 2008

1. Medienmitteilung	S. 2
2. Präsentation	S. 4
3. Grundlagenpapier	S. 9
4. Auszug „Sicherheitspolitik“ aus dem Parteiprogramm 2007–11 der CVP Kanton St.Gallen	S. 14
5. Vorstösse	S. 16

An die Medien im Kanton St.Gallen

St.Gallen, 12. Februar 2008
C_MK_Sicherheit-d-Respekt_080212.doc

Communiqué zur Medienkonferenz

Vorstoss-Paket der CVP Kanton St.Gallen im Kantonsrat

Sicherheit für unsere Familien – Sicherheit durch Respekt

Schlagzeilen zu Gewaltexzessen vorab von Jugendlichen sind an der Tagesordnung. Oft erstatten die Opfer aus Angst vor weiteren Übergriffen keine Anzeige. Die Politik muss das ernst nehmen und handeln – ohne Polemik, aber konsequent: einerseits mit Sofortmassnahmen, andererseits mittel- und längerfristig zwecks Vorbeugung mit einer Stärkung der Erziehung. Die CVP Kanton St.Gallen bringt dazu in der Februar-Session des Kantonsrats konkrete Lösungsansätze ein.

Mit einem Vorstoss-Paket schlägt die CVP in der Februar-Session des Kantonsrats konkrete Lösungsansätze vor, welche kurz- und längerfristig zur Eindämmung der Gewalt und insbesondere der Jugendgewalt beitragen sollen. Die Basis dafür bildet ein Grundlagenpapier, das eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe der CVP Kanton St.Gallen im Auftrag der Partei und ihrer Kantonsratsfraktion ausgearbeitet hat. Darin haben unter anderen die Kantonsrätinnen und Kantonsräte Peter Boppart, Barbara Eberhard, Beat Eberle, Theres Engeler und Marlen Hasler mitgewirkt.

Politik gefordert: Handeln, nicht polemisieren

Parteipräsident Urs Schneider verwies bei der Vorstellung der Massnahmen und Positionen der CVP auf die jüngsten Schlagzeilen und Umfragen in den Medien sowie darauf, dass viele weitere Taten im Verborgenen bleiben: „Täglich geschehen Drohungen, Nötigungen und Körperverletzungen. Viele Opfer machen aus Angst vor weiteren Übergriffen keine Anzeige. Das darf nicht sein. Hier müssen wir konsequent handeln.“ Zugleich warnt Schneider aber vor Polemik: „Wir müssen sachlich bleiben und das Augenmass wahren. Insgesamt fühlt sich nämlich die Mehrheit unserer Bevölkerung nach wie vor sicher und hat Vertrauen in Staat und Polizei. Das belegt auch die neueste Umfrage in der Sonntagspresse.“

Sicherheit: Kernbereich staatlichen Handelns

Für die CVP ist klar: Familien und ihre Kinder sollen in unserem Land weiterhin sicher sein und sich sicher fühlen. Sicherheit und Stabilität bilden eine der Hauptvoraussetzungen für wirtschaftliches Gedeihen und Wohlstand. Die Sicherheit bildet für die CVP deshalb seit jeher einen der Kernbereiche staatlichen Handelns. Dazu gehört die Eindämmung jeglicher Gewalt, insbesondere seitens der Jugendlichen. Die CVP Kanton St.Gallen arbeitet seit langem – nicht laut, aber konsequent und kontinuierlich – auf der Basis einer sozial-, gesellschafts- und familienpolitischen Gesamtschau an konkreten Lösungen. „In der Legislatur 04/08 hat die CVP im Kantonsrat mehrere konkrete Vorstösse zur Gewaltprävention und für mehr Sicherheit lanciert“, hielt Fraktionspräsident Armin Eugster fest: „Für eine verbesserte Polizeipräsenz, aber auch für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik, eine zukunftsgerichtete Familienpolitik und Verbesserungen in der Elternarbeit.“ Ebenso hat die CVP mit einer Kommissionsmotion mit dazu beigetragen, dass nun im kantonalen Polizeigesetz ein Vermummungsverbot und eine Wegweisungs-Kompetenz eingeführt werden sollen. Beide Instrumente werden in der Stadt St.Gallen dank des von der CVP mit unterstützten neuen Polizeireglements bereits seit zwei Jahren erfolgreich angewendet. Auf derselben Basis sagten die Stimmberechtigten in der Stadt St.Gallen im November 2007 klar Ja zu der von CVP-Stadtrat Nino Cozzio aufgelegten Vorlage zur

Videoüberwachung. Die Forderung nach mehr Polizeipräsenz und mehr Polizisten stellt schliesslich auch die CVP Schweiz. Zugleich hat sie – unter massgeblicher Beteiligung von Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz – in ihrer „Vision Z“ bereits im letzten Herbst konkrete Massnahmen für eine gewaltfreie Jugend gefordert und im Januar ein neues Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit aufgelegt, welches nun bei den Kantonalparteien in Vernehmlassung ist.

Kurzfristig: Konsequent sanktionieren

Die fünf Fraktions-Vorstösse, welche Vize-Fraktionspräsident Benedikt Würth vorstellte, verfolgen eine zweigleisige Stossrichtung. Einerseits sind angesichts der immer brutaleren Gewaltexzesse, die gerade auch von Jugendlichen ausgehen, Sofortmassnahmen gefragt: Es gilt, die Bevölkerung zu schützen und das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. Dazu braucht es klare Zeichen gegen jegliche Gewalt. Drohungen, Nötigungen und Körperverletzungen sind konsequent zu ahnden, die bestehenden Gesetze sind in aller Härte anzuwenden. Dies gilt namentlich auch für die ausländerrechtlichen Massnahmen wie die Ausweisung von verurteilten Tätern. Jugendliche und junge Erwachsene müssen dazu motiviert werden, auch bei kleinen und kleinsten Übergriffen Anzeige zu erstatten – vor allem aber sind sie vor Repressionen nach einer Anzeige zu schützen. Die Anzeigen sind von allen Amtsstellen ernst zu nehmen, und Behörden, welche Täter verurteilen und Urteile vollziehen, sind zu schützen. Mit einer Fraktions-Motion, die von Peter Boppert vertreten wird, will die CVP hier mehr Konsequenz erreichen.

Längerfristig: Erziehung stärken

„Vor allem aber müssen wir die Eltern und alle weiteren Erziehungspersonen in ihrer Erziehungsaufgabe stärken. Zugleich müssen wir sie mehr in die Pflicht nehmen und auch die Jugendlichen ebenso fordern wie fördern“, hielt Vize-Fraktionspräsident Benedikt Würth fest: „Das ist längerfristig der einzige Weg, wie wir neue Gewaltexzesse verhindern können. Vorbeugen ist auch hier – wie immer – besser als Heilen.“

Mit drei Vorstössen setzt die CVP deshalb auf Prävention. Hier die richtigen Mittel zu evaluieren, braucht länger Zeit. Ein erstes Fraktions-Postulat, vertreten durch Marlen Hasler, fordert die Regierung auf, zu prüfen und darzulegen, wie die Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe vermehrt unterstützt und in die Pflicht genommen werden können. Ein zweites, vertreten durch Theres Engeler und Felicitas Würth, richtet den Fokus darauf, wie das bestehende Vereinswesen gezielt gestärkt werden könnte, so dass möglichst viele Jugendliche in Vereinen sinnvolle Freizeitbeschäftigungen finden und damit weniger zu Gewaltausbrüchen neigen. Mit einem dritten Postulat, vertreten durch Barbara Eberhard, regt die CVP schliesslich ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt zur Respektbildung und Gewaltreduktion an den Schulen im Kanton an, für welches sich Pilotschulen melden könnten. Zugleich fordert die CVP einen besseren Datenaustausch und stärkere Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Organen wie Schulen, Sozialämtern, Vormundschaftsbehörden und Migrationsämtern, damit insbesondere potenziell gefährliche Täter frühzeitig erkannt werden können. Dazu reicht sie eine Fraktions-Motion ein, welche durch Beat Eberle vertreten wird.

Grundsatz: Sicherheit durch Respekt

Die Basis für alle geforderten Massnahmen bildet der Grundsatz „Sicherheit durch Respekt“. Denn, so betonte Armin Eugster: „Der respektvolle Umgang mit allen unseren Mitmenschen – das heisst, dass wir ihre Freiheit und Würde respektieren –, mit der Umwelt und allgemein mit materiellen Dingen bildet die Basis dafür, dass unsere eigene Würde respektiert wird. Das ist die Basis von unserer aller Sicherheit.“ Mit in diesem Grundsatz enthalten sind für die CVP der Verzicht auf Polemik und Sündenbockrhetorik sowie – ebenso selbstverständlich – das konsequente Durchgreifen, sprich so genannte Null-Toleranz, gegen jegliche Gewalt.

Kontakte:

Urs Schneider, Parteipräsident, 071 767 70 25

Benedikt Würth, Vize-Fraktionspräsident, 055 225 71 80

Armin Eugster, Fraktionspräsident, 071 244 19 17

Iwan Köppel, Parteisekretär, 071 222 33 84



Medienkonferenz

Sicherheit für unsere Familien – Sicherheit durch Respekt

Konkrete Lösungsansätze – Vorstösse der CVP-Fraktion im Kantonsrat

Dienstag, 12. Februar 2008
Hotel Walhalla, St.Gallen



1. Begrüssung und Einführung

Urs Schneider, Parteipräsident, Kantonsrat

- Gefragt sind **Konsequenz, Sachlichkeit und Augenmass**
- Vielfältige Ursachen fordern **Zusammenarbeit**

2. Sicherheit durch Respekt

Armin Eugster, Fraktions- und Vizeparteipräsident, Kantonsrat

- **Respekt bildet die Grundlage der Sicherheit**
- „Respekt durch Sicherheit“: 7 Kernelemente

3. Die Vorstösse

Benedikt Würth, Vizefraktionspräsident, Kantonsrat

- **Sofortmassnahmen zur Eindämmung der Jugendgewalt**
- **Prävention mittel- und längerfristig**

4. Fragen



- **Gewalt- und Jugendgewalt-Exzesse** in den Schlagzeilen
- Studie der St.Galler Regierung zur Jugendgewalt
- Gefühle von **Unsicherheit und Angst** in der Bevölkerung (ältere Menschen, Mütter und Väter, Jugendliche, junge Erwachsene etc.)
- Drohungen, Nötigungen und Körperverletzungen, die **aus Angst vor weiteren Übergriffen nicht zur Anzeige** gelangen



- Die Politik muss handeln,...
 - Kurzfristig: **Sofortmassnahmen** zur Eindämmung der Jugendgewalt
 - Mittel- und längerfristig: Gewaltverhinderung durch **Prävention** und **Erziehung**
 - Klare Zeichen, die **Vertrauen bilden** (in den Staat + seine Institutionen)
- ...darf aber nicht weiter emotionalisieren und polemisieren.



- **Konsequenz**
 - Konsequente, klare Haltung gegen jegliche Gewalt
- **Sachlichkeit** und **Augenmass**
 - Ganz grosse Mehrheit der Heranwachsenden hat Mitgefühl und ist bereit, Verantwortung zu übernehmen
 - Bevölkerung fühlt sich insgesamt nach wie vor sicher und hat Vertrauen in die Polizei
 - ABER: Sicherheitsgefühl durch Gewaltdelikte beeinträchtigt



- **Elternhaus und Schule**
 - Erziehung zum Respekt
- **Sozialpolitik**
 - Chancengleichheit + Integration
 - Lehrstellen + Arbeitsplätze
- **Polizei und Politik**
 - Konsequenz und Mut, Grenzen zu setzen
 - Gewaltmonopol des Staates durchsetzen

Gefordert sind... (2)



- **Vereine und Clubs**
 - Sinnvolle Freizeitbeschäftigung
- **Wir alle**
 - Werte hochhalten:
 - Achtung der Menschenwürde
 - Respekt
 - Ehrlichkeit
 - Achtung gegenüber der Natur und Sachgütern

Grundlage der Sicherheit: Respekt



- Ziel:
Bevölkerung soll **sicher sein + sich sicher fühlen**
- Grundlage:
Respekt vor den Mitmenschen, den natürlichen Ressourcen und materiellen Gütern
- Weg zum Ziel:
Nüchterne Problemlösungen,
KEINE falschen Versprechungen,
KEINE Sündenbockrhetorik

CVP-Schwerpunkt – Parteiprogramm



Unsere Ziele

- Sicherheit = **staatliche Kernaufgabe**
- **Null-Toleranz** gegenüber Gewalt und Kriminalität
- Starke und bürgernahe Kantonspolizei, leistungsfähige Justiz
- Bessere **Koordination** aller Sicherheitsorgane und „Blaulichtorganisationen“

CVP-Schwerpunkt – Parteiprogramm



Wir fordern

- **Erhöhte Präsenz** an neuralgischen Punkten
- Rasche Notfallversorgung und effiziente „Katastrophenhilfe“
- **Eigenverantwortung**, Engagement und Zivilcourage
- Zusammenarbeit im Sicherheitswesen

CVP-Fokus – Legislatur 04/08 (1)



- **Integrierte Kinder- und Jugendpolitik** (Postulat 43.05.10)
 - Departementsübergreifende Vernetzung und Strategie
- **Elternbildung: Koordination dringend notwendig** (Postulat 43.06.01)
 - Unverzichtbar für die Gewaltprävention (Erziehung)
- **Koordinierte + wirkungsvolle Familienpolitik, Vereinbarkeit von Beruf + Familie** (Postulat 43.07.28, Motion 42.07.04)
 - Bessere Wahrnehmung der Erziehungspflicht

CVP-Fokus – Legislatur 04/08 (2)



- **Polizeireglement Stadt St.Gallen** (Juni 05)
 - Vermummungsverbot
 - Wegweisungskompetenz
 - Grundlage für Videoüberwachung
- **Videoüberwachung Stadt St.Gallen** (Nov. 07)
- **Ja zur Revision des kantonalen Polizeigesetzes**
 - Vermummungsverbot
 - Wegweisungskompetenz

Sicherheit durch Respekt: Übersicht



Ressourcen fördern
Erziehung stärken
Sicherheit erhöhen
Partner vernetzen
Eltern verpflichten
Konsequenzen durchsetzen
Transparenz schaffen

Sicherheit durch Respekt (1)



Ressourcen fördern
➤ Ressourcen der Kinder + Jugendlichen nutzen
➤ Erfolgserlebnisse verhindern Gewaltausbrüche
Erziehung stärken
➤ Unterstützung der Eltern + weiteren Erziehungspersonen in ihrer Erziehungsaufgabe
Sicherheit erhöhen
➤ Sicherheit ganzheitlich definiert
Partner vernetzen
➤ Zusammenarbeit der behördlichen Stellen

Sicherheit durch Respekt (2)



Eltern verpflichten
➤ Anpassung der gesetzlichen Grundlagen
➤ Belangen bei Nichteinhaltung der Erziehungs- und Betreuungspflichten
Konsequenzen durchsetzen
➤ Umgehende Reaktionen auf Gesetzesverstöße
Transparenz schaffen
➤ Aufgabenbereiche und Arbeitsweise von Behörden und Amtsstellen besser bekannt machen

Zwei parallele Stossrichtungen



1. Kurzfristig: Sofortmassnahmen
➤ Schutz der Bevölkerung
➤ Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols
➤ Konsequente Bestrafung für begangene Taten
➤ Klare Zeichen
2. Mittel- + Längerfristig: Prävention
➤ Verhinderung neuer Gewalt
➤ Vorbeugen statt heilen

Sofortmassnahmen Jugendgewalt



Motion:
Jugendgewalt – Sofortmassnahmen notwendig (1)

1. Ausgangslage: zunehmende Gewaltexzesse

- Unsicherheitsgefühle, Angst bei älteren Menschen, Müttern + Vätern, Jugendlichen
- Drohungen, Nötigungen, Körperverletzungen
- Wenig Anzeigen aus Angst vor Übergriffen
- Oft regelrechte Banden

Sofortmassnahmen Jugendgewalt



Motion:
Jugendgewalt – Sofortmassnahmen notwendig (2)

2. Ziel: Schutz der in- + ausländischen Bevölkerung

- Minimal: Anwendung der bestehenden Gesetze in aller Härte, klare Zeichen zur Vertrauensbildung
- Motivation zur Anzeige
- Schutz vor Repressionen nach einer Anzeige
- Ernstnehmen der Anzeigen
- Schutz für verurteilende + vollziehende Behörden

Sofortmassnahmen Jugendgewalt



Motion:
Jugendgewalt – Sofortmassnahmen notwendig (3)

2. Ziel: Schutz der in- + ausländischen Bevölkerung

- Bestrafung der Jugendlichen (v.a. bei Nötigungen, Erpressungen, Drohungen, Körperverletzungen): rasche Verfahren, harte Konsequenzen
- Konsequente Anwendung der ausländerrechtlichen Massnahmen, keine Verlängerung von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen für derart Verurteilte

Früherkennung gefährlicher Täter



Motion: Datenaustausch + Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Organen

1. Ausgangslage: mangelnde Vernetzung

- Immer wieder Delikte von Tätern mit Gewaltgeschichte
- Bestimmte Verhaltensweisen zeigen Rückfallgefahr
- ABER: Nicht erkennbar aus isolierter Optik
 - Mangelnde Vernetzung der Behörden
 - Mangelnder Datenzugriff („Gärtchendenken“, Datenschutz-Argument als Vorwand)

Früherkennung gefährlicher Täter



Motion: Datenaustausch + Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Organen

2. Ziel: Früherkennung potenziell gefährlicher Täter

- Gesetzliche Grundlagen für zwingende + institutionalisierte Zusammenarbeit mit gegenseitigem Datenaustausch (z.B. Schulen, Sozialämter, Vormundschaft, Migrationsämter)
- Veröffentlichung der institutionalisierten Zusammenarbeit

Elterliche Pflichten einfordern



Postulat: Eltern in die Pflicht nehmen

1. Ausgangslage: Erziehungsdefizite v.a. in bildungsfernen Schichten

- Vernachlässigung der Erziehungspflichten = eine der Ursachen von Jugendgewalt (bildungsferne Schichten, Migrant*innen-Kinder, Wohlstandsverwerfung etc.)
- Gesetzliches Instrumentarium zur Inpflichtnahme der Eltern greift nur ungenügend

Elterliche Pflichten einfordern



Postulat: Eltern in die Pflicht nehmen

2. Ziel: Inpflichtnahme der Eltern bei Erziehung + Betreuung ihrer Kinder

- Pflicht zur Absolvierung von Eltern- und Erziehungskursen
- Konsequente Anwendung + Ausbau der Sanktionsmöglichkeiten im Volksschulgesetz (z.B. Erhöhung der Bussen)

Sinnvolle Freizeitbeschäftigung



Postulat: Gezielte Stärkung des Vereinswesens

1. Ausgangslage: „Herumhängen“ und übermässiger Medienkonsum der Jugendlichen

- Sinnvolle Freizeitbeschäftigung + Erfolgserlebnisse verhindern Gewaltexzesse
- Wichtige Rolle des Vereinswesens
- ABER: Schwieriges Umfeld
 - Mangelnde Räume, hohe Kosten
 - Rekrutierung v. Verantwortlichen + Betreuern schwierig
 - Angebote z.T. zu wenig breit bekannt

Sinnvolle Freizeitbeschäftigung



Postulat: Gezielte Stärkung des Vereinswesens

2. Ziel: Mehr Jugendliche in Vereinen aktiv

- Sport, Musik, Spiel, Theater, Tanz etc.
- Bestehende Vereinsstruktur stärken
- Mögliche Mittel aufzeigen
 - Ausbildung der Verantwortlichen + Betreuer
 - Vermarktung der Angebote
 - Administrative Entlastung
 - etc., vgl. „Sport verein-t“

Schulen stärken – Pilotversuche



Postulat: Gewaltfreie Schule

1. Ausgangslage: Gewalt in Schulen

- Erziehungsdefizite wirken sich in der Schule aus (Gewalt + Mobbing in Klassen, Beeinträchtigung des Bildungsauftrags der Schule)
- Gesamt-Entwicklungsprojekte mit Pilotversuchen und wissenschaftlicher Abstützung bringen Erfolg

Schulen stärken – Pilotversuche



Postulat: Gewaltfreie Schule

2. Ziel: Gewaltfreie Schule als Vorbild – Respektbildung und Gewaltreduktion

- Klare Regeln, die einheitlich gelten und konsequent durchgesetzt werden (Schulordnung, Bekleidung, Inpflichtnahme der Eltern etc.)
- Forschungs- und Entwicklungsprojekt zur Respektbildung und Gewaltreduktion mit Pilotschulen (Label „Gewaltfreie Schule“, vgl. LU: „Schulen mit Profil“)

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Haben Sie Fragen?**



St.Gallen, 12. Februar 2008
Uebersicht_Vorstoesse_080208.doc

Sicherheit für unsere Familien – Sicherheit durch Respekt

Konkrete Lösungsansätze

Vorstösse der CVP-Fraktion im Kantonsrat – Februar-Session 2008

1. Einführung

Die Diskussionen darüber, wie der immer wieder auftretenden Gewalt und Jugendgewalt zu begegnen sei, stehen seit längerem weit oben auf der politischen Agenda. Immer wieder stehen Gewalt- und Jugendgewalt-Exzesse wie die brutale Gewaltattacke an der Locarneser Fasnacht, die für das Opfer tödlich endete, in den Schlagzeilen. Kürzlich hat die Regierung des Kantons St.Gallen eine Studie in Auftrag gegeben, welche das Ausmass und die Formen der Jugendgewalt in unserem Kanton erfassen soll. Ende Jahr soll der Abschlussbericht vorliegen. Das zeigt, dass offenbar auch die Regierung angesichts der immer drastischeren Auswüchse beunruhigt ist.

Immer häufiger äussern sich ältere Menschen, Mütter und Väter, aber auch Jugendliche und junge Erwachsene dahingehend, dass sie sich in unserem Land nicht mehr wohl und sicher fühlen. Schlimmer noch: Es gibt sogar solche, die Angst davor haben, sich zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten aufzuhalten. Täglich geschehen Drohungen, Nötigungen und Körperverletzungen. Aus Angst vor noch schwereren Übergriffen, Übergriffen auf andere Familienmitglieder oder Freunde kommen diese kriminellen Handlungen vielfach nicht zur Anzeige.

Das darf nicht sein. Die Politik muss das ernst nehmen und entsprechende Weichen stellen. Sie muss einerseits kurzfristig greifende Sofortmassnahmen, andererseits mittelfristig ausgerichtete Massnahmen zur Vorbeugung treffen. Es gilt, klare Zeichen zu setzen, um das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen wieder zu stärken.

2. Gefragt sind Konsequenz, Sachlichkeit und Augenmass

Speziell erschreckend ist es, wenn die Gewalt von Jugendlichen ausgeht. Zahlreiche Eltern und Jugendliche empfinden heute Jugendgewalt als Unsicherheitsfaktor. Das Thema ist, wie oben angetönt, ein Dauerbrenner in den Medien. Die Emotionen gehen verständlicherweise hoch. Umso mehr steht die Politik in der Verantwortung. Gefragt ist nicht weitere Emotionalisierung und Polemisierung, sondern vielmehr eine konsequente, klare Haltung gegen jegliche Gewalt. Eine solche erfordert Sachlichkeit und Augenmass. Dazu gehören folgende zwei Feststellungen:

- Unsere Bevölkerung fühlt sich insgesamt nach wie vor sicher. Sie hat Vertrauen in die öffentlichen Institutionen, vorab auch in die Polizei. Das gilt für die Schweiz und es gilt für den Kanton St.Gallen. Das ist erfreulich. Ereignisse wie die oben geschilderten beschäftigen jedoch unsere Bevölkerung zu Recht. Sie beeinflussen über die Tragik des konkreten Falls hinaus das Sicherheitsgefühl aller negativ. Das gilt namentlich für Gewaltdelikte und insbesondere für Gewaltdelikte gegen zufällige Opfer.
- Die ganz grosse Mehrheit der Heranwachsenden in unserem Kanton und in der Schweiz verfügt über ein hohes Mass an Mitgefühl und ist bereit, Verantwortung zu übernehmen.

3. Vielfältige Ursachen fordern Zusammenarbeit

Die Gründe für die Gewalt sind vielfältig. Dem entsprechend, müssen wir an verschiedenen Orten „den Hebel ansetzen“, und es müssen vor allem alle Beteiligten zusammenarbeiten. Sicherheit geht über den Schutz durch die Polizei hinaus. Mit der Polizei allein lässt sich Sicherheit weder erzwingen noch erhalten. Gefordert sind alle Mitglieder unserer Gesellschaft – Elternhaus, Familie, Schule, Vereine, Arbeitgeber und die Politik. Sie alle müssen mit dem guten Beispiel der Gewaltfreiheit vorangehen.

Gefordert sind

- die Sozialpolitik im weitesten Sinne. Sie muss Chancengleichheit und Integration gewährleisten. Die Jugendlichen brauchen Lehrstellen und Arbeitsplätze.
- Schule und Elternhaus. Sicherheit basiert auf dem Respekt der Menschen untereinander. Respekt ist nicht zuletzt eine Frage der Erziehung.
- Polizei und Politik. Wo Respekt fehlt und Gewalt ausbricht, braucht es Konsequenz und den Mut, Grenzen zu setzen, Nein zu sagen. Das Gewaltmonopol des Staates ist konsequent durchzusetzen.
- Vereine und Clubs. Eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung gibt den Jugendlichen Inhalt und schützt vor Gewaltausbrüchen. Vereine leisten einen unschätzbaren Dienst für die Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft.
- wir alle. Die Basis für ein friedliches Zusammenleben bilden wichtige Werte: Achtung der Menschenwürde, Respekt, Ehrlichkeit und die Achtung gegenüber der Natur und Sachgütern. Diesen Werten gilt es nachzuleben.

4. Respekt bildet die Grundlage der Sicherheit

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dass unsere Bevölkerung sicher ist und sich sicher fühlt. Dafür braucht es Respekt. Respekt bildet die Grundlage der Sicherheit: Der respektvolle Umgang mit allen Mitmenschen – das Respektieren ihrer Freiheit und Würde – bildet die Basis für die Respektierung unserer eigenen Würde. Das gilt nicht nur für die Sicherheitspolitik im engeren Sinn, sondern auch für die Bildungspolitik, Familienpolitik, Beschäftigungspolitik und Umweltpolitik: Der respektvolle Umgang mit den natürlichen Ressourcen schafft Sicherheit für alle, auch für die Ungeborenen. Neben dem Respekt gegenüber den Mitmenschen und gegenüber unseren natürlichen Ressourcen sind schliesslich auch der Respekt und der sachgerechte Umgang mit den verschiedensten materiellen Gütern gefragt.

Sicherheit muss in erster Linie ein Sachthema sein. Nüchtern sollen Problemlösungen gesucht werden, ohne falsche Versprechungen und ohne Sündenbockrhetorik. Die CVP-Fraktion im St.Galler Kantonsrat arbeitet seit langem kontinuierlich und konsequent auf der Basis einer sozial-, gesellschafts- und familienpolitischen Gesamtschau an konkreten Lösungen, die auf Gewaltprävention und Sicherheit ausgerichtet sind. So haben die Fraktion und ihre Mitglieder auch in der Legislatur 04/08 mehrere Vorstösse mit konkreten Lösungsansätzen eingereicht, die vom Kantonsrat überwiesen wurden.

Genannt seien dazu exemplarisch

- das Postulat „Integrierte Kinder- und Jugendpolitik“ (43.05.10) der CVP-Fraktion, in welchem sie bereits auf die Bedeutung einer departements- und ämterübergreifenden Vernetzung und Strategie im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik hingewiesen hat. Die CVP erwartet, dass das zuständige Departement die Erarbeitung des darin geforderten Berichts beförderlich behandelt und die Regierung das entsprechende Geschäft raschmöglichst vorlegt.

- das Postulat „Elternbildung: Koordination dringend notwendig“ (43.06.01), mit welchem die CVP-Fraktion eine Verbesserung der Vernetzung und Koordination im Bereich der Elternbildung anstrebt. Angesichts des „anerkanntermassen hohen bildungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Stellenwerts der Elternbildung“, wie die Regierung bereits zuvor in ihrer Antwort auf die Interpellation 51.05.23 zur Elternbildung von CVP-Kantonsrätin Maria Walser festgehalten hatte, hat der Kanton St.Gallen im Bereich der Elternbildung nach wie vor massiven Handlungsbedarf.
- das Postulat „Koordinierte und wirkungsvolle Familienpolitik“ (43.07.28, noch nicht behandelt) und die Motion „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ (42.07.04, als Postulat überwiesen) der CVP-Fraktion sowie die Interpellation „Familienergänzende Kinderbetreuung als Standortvorteil“ von CVP-Kantonsrätin Marlen Hasler, die alle auf eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie abzielen. Je besser diese ist, desto besser sind die Voraussetzungen dafür, dass die Eltern ihre Erziehungspflicht und -verantwortung wahrnehmen und wahrnehmen können.

5. Grundsatz: Sicherheit durch Respekt

Die CVP Kanton St.Gallen und ihre ausgewiesenen Fachleute in den Behörden und in der Kantonsratsfraktion müssen und wollen auch weiterhin ihren Beitrag zu einem sachlichen und sachgerechten, lösungsorientierten Umgang mit dem Thema Sicherheit leisten. Dabei orientieren wir uns wie bisher auch künftig an den folgenden Leitlinien, die im Grundsatz „Sicherheit durch Respekt“ zusammengefasst sind:

Ressourcen fördern.

Die vorhandenen Ressourcen von Kindern und Jugendlichen müssen genutzt werden. Erfolgserlebnisse verhindert Gewaltausbrüche.

Erziehung stärken.

Erziehungsdefizite bei Kindern und Jugendlichen sind an ihrem Verhalten klar erkennbar. Die Eltern und alle weiteren Erziehungspersonen müssen in ihrer Erziehungsaufgabe gefördert und unterstützt werden.

Sicherheit erhöhen.

Wir definieren Sicherheit ganzheitlich. Unser Hauptziel ist es, durch mehr Respekt mehr Sicherheit im ganzen Kanton St.Gallen zu schaffen.

Partner vernetzen.

Die Zusammenarbeit der verschiedenen behördlichen Stellen muss gestärkt werden. Dafür sind auch die nötigen Anpassungen der Rechtsgrundlagen vorzunehmen.

Eltern verpflichten.

Die gesetzlichen Grundlagen müssen so angepasst und ergänzt werden, dass die Eltern im Kanton St.Gallen im Bereich der Erziehung und Betreuung stärker in die Pflicht genommen und bei Nichteinhaltung ihrer Pflichten vermehrt belangt werden können.

Konsequenzen durchsetzen.

Wir fordern, dass die bestehenden Gesetze konsequenter umgesetzt werden. Auf einen Gesetzesverstoss muss umgehend die entsprechende Reaktion folgen.

Transparenz schaffen.

Die Behörden und Amtsstellen müssen dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger und die Partner-Verwaltungsstellen ihren Aufgabenbereich und ihre Arbeitsweise besser kennen.

6. Neue Vorstösse

Auf diesen Grundsätzen und auf ihrem Parteiprogramm* aufbauend, wird die CVP Kanton St.Gallen auch in den kommenden Jahren konsequent daran arbeiten, in unserem Kanton die Sicherheit für Familien, Jugendliche, Kinder und die ganze Gesellschaft zu erhöhen. Wo aktuell der grösste Handlungsbedarf besteht, macht die CVP-Fraktion in der kommenden Februar-Session des Kantonsrats mit fünf konkreten, gezielten Vorstössen den Anfang. * *Auszug zur Sicherheitspolitik siehe Beilage.*

a. Sofortmassnahmen zur Eindämmung der Jugendgewalt

Wie einleitend festgehalten, sind angesichts der immer drastischeren Gewaltexzesse, die von Jugendlichen ausgehen, einerseits Sofortmassnahmen notwendig, die klare Zeichen gegen die zunehmende Jugendgewalt setzen. Jegliche Gewalt ist konsequent zu ahnden, die Opfer sind ebenso konsequent zu schützen. Diese Forderung bildet den Gegenstand eines ersten Vorstosses:

- **Motion: Jugendgewalt – Sofortmassnahmen notwendig**

Täglich geschehen Drohungen, Nötigungen und Körperverletzungen. Aus Angst vor noch schwereren Übergriffen, Übergriffen auf andere Familienmitglieder oder Freunde kommen diese kriminellen Handlungen vielfach nicht zur Anzeige. Zum Schutz unserer in- und ausländischen Bevölkerung ist solchen Auswüchsen kompromisslos die Stirn zu bieten.

Die Regierung soll die Gesetzesanpassungen, die für Sofortmassnahmen zur Eindämmung der Jugendgewalt notwendig sind, prüfen und dem Kantonsrat entsprechend Antrag stellen.

b. Vorbeugende Massnahmen auf längere Sicht

Andererseits müssen in einer mittel- und längerfristigen Optik die richtigen Massnahmen evaluiert und getroffen werden, welche dafür sorgen, dass keine Gewalt entsteht. Hier setzen die folgenden vier Vorstösse an:

- **Motion: Datenaustausch und Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Organen**

Die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben erfordert heute oft interdisziplinäres Vorgehen und die Beteiligung verschiedener öffentlicher Organe. Dies gilt insbesondere für die Früherkennung von potenziell gefährlichen Tätern. Entscheidend sind dabei die Vernetzung der beteiligten Stellen untereinander und der Austausch der notwendigen Informationen. Die Erfahrung zeigt, dass diese in der Praxis oft nicht spielen.

Die Regierung soll deshalb die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für die Instrumentarien und Prozesse schaffen, welche eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Organen und insbesondere die Früherkennung von potentiell gefährlichen Tätern sicherstellen.

- **Postulat: Eltern in die Pflicht nehmen**

Wo Jugendliche gewalttätig werden, haben oft deren Eltern ihre Erziehungspflichten vernachlässigt, nicht wahrgenommen oder nicht genug wahrnehmen können.

Deshalb soll die Regierung in einem Bericht aufzeigen, wie und mit welchen gesetzlichen Grundlagen die Eltern im Bereich der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder besser gefördert und unterstützt, aber auch in die Pflicht genommen und bei Nichteinhaltung ihrer Pflichten vermehrt belangt werden können.

- **Postulat: Gezielte Stärkung des Vereinswesens**

Wenn Jugendliche neben der Schule, Lehre oder Erwerbsarbeit gemeinsam Leistungen in Sport, Musik, Spiel, Theater oder Tanz erbringen, müssen sie sich nicht durch aggressives und destruktives Verhalten Beachtung verschaffen. Eine wesentliche Rolle nimmt hier unser Vereinswesen wahr. Immer mehr stehen aber auch die Vereine zunehmenden Problemen gegenüber.

Die Regierung soll deshalb in einem Bericht die Möglichkeiten aufzeigen, mit denen unser Vereinswesen gezielt gestärkt werden kann, so dass die Vereine ihre wesentliche Rolle in der Freizeitgestaltung unserer Jugend – und damit in der Gewaltprävention – wieder uneingeschränkt wahrnehmen können.

- **Postulat: Gewaltfreie Schule**

Eine wesentliche Rolle im Bereich der Sozialisation der Kinder und Jugendlichen spielt neben der Familie die Volksschule. Klare Regeln, die in einer Schuleinheit oder Schulgemeinde einheitlich gelten und konsequent durchgesetzt werden, tragen zu einem gewaltfreien Umgang der Kinder und Jugendlichen miteinander bei. Verschiedene Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit zeigen, dass mit Pilotversuchen im Rahmen von Gesamt-Entwicklungsprojekten mit klarer Stossrichtung und wissenschaftlicher Abstützung rasche Fortschritte erzielt werden können. Dieser Ansatz könnte auch zur Reduktion der Gewalt an Schulen gewählt werden.

Die Regierung soll in einem Bericht die entsprechenden Möglichkeiten aufzeigen, mit denen im Kanton St.Gallen die Gewalt an Schulen reduziert bzw. wie ein solches Programm zur Reduktion der Gewalt an Schulen wissenschaftlich und organisatorisch ausgestaltet werden kann.

Wir schaffen mehr Sicherheit für alle.

Sicherheit durch Prävention und konsequentes Durchgreifen.

Unsere Ziele

- Wir sehen Sicherheit als staatliche Kernaufgabe.
- Wir stehen ein für Nulltoleranz gegenüber Gewalt und Kriminalität.
- Wir setzen uns ein für eine starke und bürger-nahe Kantonspolizei und eine leistungsfähige Justiz.
- Wir streben eine bessere Koordination aller Sicherheitsorgane und «Blaulichtorganisationen» an.

Wir fordern

- **Erhöhte Präsenz an neuralgischen Punkten**
 - Stärkung der Kantonspolizei durch Entlastung von polizeifremden Aufgaben
 - Konsequentes Vorgehen gegen den «Kriminaltourismus» ausländischer Banden
 - Besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und sexueller Ausbeutung
 - Bestimmung von Vertrauenspersonen für Opfer von Gewalt und Mobbing in Schulen und Ausbildungsbetrieben
- **Rasche Notfallversorgung und effiziente «Katastrophenhilfe»**
 - Klare Aufgabentrennung im Bevölkerungsschutz zwischen Kanton und Gemeinden
 - Förderung leistungsfähiger regionaler Strukturen unter Einbezug aller Träger des Bevölkerungsschutzes
 - Beschleunigung der Einführung des geplanten Naturgefahrenkatasters
 - Sicherstellung einer effizienten, flächendeckenden medizinischen Notfallversorgung

- **Eigenverantwortung, Engagement und Zivilcourage**

- Mehr Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger bei der Wahrnehmung der Sicherheit
- Unterstützung und Förderung des Bewusstseins für die Sicherheit
- Mehr Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum; striktes Durchgreifen gegen Vandalismus
- Vermehrte Inpflichtnahme privater Verursacher

- **Zusammenarbeit im Sicherheitswesen**

- Vermehrte Koordination der Arbeit von Polizei, Justiz und sozialen Anlaufstellen
- Sicherstellung von Koordination und Zusammenarbeit aller kommunalen und kantonalen Sicherheitsorgane
- Koordinierte grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung

St.Gallen, 18. Februar 2008
Motion-Fra_Sofortmassnahmen_080208.doc

Motion: Jugendgewalt – Sofortmassnahmen notwendig

Kürzlich hat die Regierung des Kantons St.Gallen eine Studie in Auftrag gegeben, welche das Ausmass und die Formen der Jugendgewalt in unserem Kanton erfassen soll. Ende Jahr sollen Studie und Abschlussbericht vorliegen. Das zeigt, dass offenbar auch die Regierung angesichts der immer drastischen Auswüchse beunruhigt ist.

Immer häufiger werden wir Politikerinnen und Politiker von in- und ausländischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen angesprochen, die sich in unserem Land nicht mehr wohl und sicher fühlen. Schlimmer noch: Es gibt sogar solche, die Angst davor haben, sich zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten aufzuhalten – ein Gefühl, das viele von uns in ihrer Jugend nie erlebt haben. Täglich finden Drohungen, Nötigungen und Körperverletzungen statt. Aus Angst vor noch schwereren Übergriffen, Übergriffen auf andere Familienmitglieder oder Freunde kommen diese kriminellen Handlungen vielfach nicht zur Anzeige. Oft sind regelrechte Banden am Werk. Das darf und kann nicht sein. Wir sind es uns und der Jugend schuldig, dagegen sofort etwas zu unternehmen. Sofortmassnahmen sind notwendig. Zum Schutz unserer in- und ausländischen Bevölkerung ist solchen Auswüchsen kompromisslos die Stirn zu bieten und diesen Banden das Handwerk zu legen. Minimalziel muss sein, die bestehenden Gesetze in all ihrer Härte anzuwenden. Es müssen Zeichen gesetzt werden, um das Vertrauen in den Staat und unsere Institutionen wieder zu stärken.

Wir müssen die in- und ausländischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor der allgegenwärtigen Gewalt schützen. Wir müssen sie motivieren, auch bei kleinen und kleinsten Übergriffen Anzeige zu erstatten. Vor allem aber müssen wir sie vor Repressionen nach einer Anzeige schützen. Die Anzeigen müssen von allen Stellen ernst genommen werden. Die Gesetze bei der Bestrafung der Jugendlichen sind konsequenter anzuwenden, nötigenfalls aber auch zu verschärfen oder mit alternativen Bestrafungsformen zu ergänzen. Insbesondere Nötigungen, Erpressungen und Drohungen, Körperverletzungen und die Zuwiderhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz müssen rasche Verfahren mit harten Konsequenzen nach sich ziehen. Die Behörden, die solche Strafen durchsetzen müssen, sind zu schützen. Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen von für solche Taten verurteilten ausländischen Straftätern dürfen, unabhängig von deren Alter, nicht verlängert werden; die ausländerrechtlichen Massnahmen sind konsequent anzuwenden.

Die Regierung wird beauftragt, die Gesetzesanpassungen, die für diese Sofortmassnahmen zur Eindämmung der Jugendgewalt notwendig sind, zu prüfen und dem Kantonsrat entsprechend Antrag zu stellen.

CVP-Fraktion

St.Gallen, 18. Februar 2008
Motion-Fra_Datenaustausch_080208.doc

Motion: Datenaustausch und Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Organen

Die CVP stellt mit Befriedigung fest, dass im Kanton St.Gallen mit dem schrittweisen Ausbau der Polizei- und Jugendanwaltschaft im repressiven Bereich Anstrengungen zur Senkung der Gewalt und vor allem der Jugendgewalt unternommen werden. Ebenso begrüsst sie die kürzlich angekündigte Studie zur Jugendgewalt. Diese Anstrengungen allein bewirken jedoch wenig, wenn auf der präventiven Seite die vorhandenen Instrumentarien und rechtlichen Handhaben nicht genutzt werden oder solche fehlen. Dies gilt insbesondere für die Früherkennung von potenziell gefährlichen Tätern.

Hier sind interdisziplinäres Vorgehen und die Beteiligung verschiedener öffentlicher Organe nötig. Immer wieder müssen Delikte von Tätern zur Kenntnis genommen werden, die bereits eine längere Gewaltgeschichte hinter sich haben und die in ihrem Umfeld als gefährlich eingestuft werden. Verschiedene Verhaltensweisen drängen, allein schon für sich betrachtet, den Schluss auf, dass eine Person Rückfallgefahren aufweist. Dies ist auch wissenschaftlich belegt.

Die Kenntnisse solcher Verhaltensweisen sind offenbar bei den Behörden zu wenig verbreitet. Die Beurteilung der Gefährlichkeit bestimmter Personen ist gerade für die Behörden, die nur punktuell oder am Rande mit potenziellen Gewalttätern zu tun haben (z.B. Schulen, Sozialämter, Vormundschaftsbehörden, Migrationsämter etc.), aus einer isolierten Optik heraus schwierig. Eine vernetzte Analyse des gesamten Datenmaterials und insbesondere eine genaue Auswertung der Polizeidaten würde in den meisten Fällen eine frühere Beurteilung der Risiken zulassen.

Die Erfahrung zeigt, dass die Vernetzung der beteiligten Stellen untereinander und der Austausch der notwendigen Informationen in der Praxis oft nicht spielen. Zu oft stehen der Zusammenarbeit mangelnder Datenzugriff oder „Gärtchendenken“ der involvierten Stellen entgegen. Obwohl die Rechtsgrundlage für den Datenaustausch unter den öffentlichen Organen auf Bundesebene unzweifelhaft gegeben wäre, berufen sich diese zu oft auf den Datenschutz.

Deshalb ist für Fälle angezeigter Kooperation eine klare kantonale Grundlage mit zwingendem Charakter zu schaffen für eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit gegenseitigem Datenaustausch. Die öffentlichen Organe sollen nicht nur im Einzelfall auf komplizierte Art und Weise auf Nachfrage hin, sondern zur Erfüllung einer bestimmten öffentlichen Aufgabe vertieft und institutionalisiert zusammenarbeiten können. Im Sinne der Transparenz soll eine institutionalisierte Zusammenarbeit veröffentlicht werden, damit bekannt ist, welche öffentlichen Organe in welchem Bereich eine solche pflegen.

Die Regierung wird beauftragt, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für die Instrumentarien und Prozesse zu schaffen, welche eine solche institutionalisierte Zusammenarbeit und insbesondere die Früherkennung von potentiell gefährlichen Tätern sicherstellen.

CVP-Fraktion

St.Gallen, 18. Februar 2008
Postul-Fra_Eltern-in-Pflicht_080208.doc

Postulat: Eltern in die Pflicht nehmen

Es ist eine altbekannte Erfahrung, die von Lehrpersonen, Polizei- oder Sozialdienst-Mitarbeitenden immer wieder von Neuem bestätigt wird: Wo Jugendliche gewalttätig werden, haben oft deren Eltern ihre Erziehungspflichten vernachlässigt, nicht wahrgenommen oder – aus welchen Gründen auch immer – nicht genügend wahrnehmen können. Dies trifft nicht nur – wie in der emotionalisierten öffentlichen Diskussion oft verkürzt dargestellt – für Migranten-Kinder zu, sondern generell in aller Regel für Kinder aus bildungsfernen Schichten im weitesten Sinn, also beispielsweise explizit auch auf Kinder, welche Opfer der oft zitierten Wohlstandsverwahrlosung werden.

Das gesetzlich vorgesehene Instrumentarium, auf welches heute beispielsweise die Schulen zurückgreifen können, um Eltern im Bereich der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder in die Pflicht zu nehmen, greift nur ungenügend. Aufgrund der aktuellen Rechtslage sind nur reaktive Massnahmen möglich. Dies gilt sowohl für den Bereich der Sanktionierung als auch für denjenigen der Prävention. So fehlt beispielsweise eine Pflicht zur Absolvierung von Eltern- und Erziehungskursen – insbesondere für bildungsferne Schichten –, welche einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Selbstverantwortung leisten könnten. Die gesellschaftlichen Veränderungen zeigen klar, dass in der Elternbildung im Bereich der Erziehung, Ernährung und Prävention Defizite bestehen, die sich schädlich auswirken. Die Angebots- und Besuchspflicht muss daher gesetzlich geregelt werden.

Die Regierung wird deshalb beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, wie und mit welchen gesetzlichen Grundlagen die Eltern im Bereich der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder besser gefördert und unterstützt, aber auch in die Pflicht genommen und bei Nichteinhaltung ihrer Pflichten vermehrt belangt werden können.

CVP-Fraktion

St.Gallen, 18. Februar 2008

Postul-Fra_Vereinswesen_080208.doc

Postulat: Gezielte Stärkung des Vereinswesens

Die Erfahrung lehrt, dass Jugendliche zu Gewalt- und Suchtverhalten neigen, wenn sie keinen sinnvollen Freizeitbeschäftigungen nachgehen, sondern sich stattdessen übermässigem Medienkonsum hingeben, sich langweilen und „herumhängen“.

Wenn Jugendliche hingegen neben der Schule, Lehre oder Erwerbsarbeit gemeinsam Leistungen in Sport, Musik, Spiel, Theater oder Tanz erbringen, müssen sie sich nicht durch aggressives und destruktives Verhalten Beachtung verschaffen. Sinnvolle Freizeitbeschäftigungen werden jedoch oft erschwert durch ein kaum motivierendes Umfeld, mangelnde Räume, hohe Kosten und geringen Prestigegehalt unter Jugendlichen.

Eine wesentliche und bestbewährte Rolle nimmt in diesem Zusammenhang unser breit ausgebautes Vereinswesen wahr. Immer mehr stehen aber auch die Vereine zunehmenden Problemen gegenüber. Einerseits haben zwar viele Erfolg und regen Zulauf, kämpfen aber mit Schwierigkeiten bei der Rekrutierung geeigneter Leiterinnen und Leiter. Zugleich werden die in aller Regel ehrenamtlich tätigen Verantwortlichen und Betreuungspersonen immer stärker belastet – einerseits durch den genannten Mangel an Personal, andererseits aber auch dadurch, dass die Gewaltbereitschaft unter den Jugendlichen gerade in Sportvereinen zunimmt, wie Medienberichte der jüngsten Vergangenheit zeigen. Andererseits aber sind die Angebote der Vereine zum Teil zu wenig breit bekannt, so dass potenziell interessierte Jugendliche gar nicht davon erfahren.

Bei der Bedeutung der Vereine setzt beispielsweise auch das Projekt „Sport verein-t“ an. Dieses zeigt im Bereich der Integration sehr positive Wirkungen. Es ist jedoch auf die Sportvereine beschränkt. Hier wäre allenfalls eine thematische Ausweitung einerseits über den Bereich der Integration hinaus und andererseits über den Sport hinaus angezeigt.

Die Regierung wird eingeladen, in einem Bericht die Möglichkeiten aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen das bestehende Vereinswesen gezielt gestärkt werden kann, so dass die Vereine ihre wesentliche Rolle in der Freizeitgestaltung unserer Jugend – und damit in der Gewaltprävention – wieder uneingeschränkt wahrnehmen können.

CVP-Fraktion

St.Gallen, 18. Februar 2008
Postul-Fra_Gewaltfreie-Schule_080208.doc

Postulat: Gewaltfreie Schule

Eine wesentliche Rolle im Bereich der Sozialisation der Kinder und Jugendlichen spielt neben der Familie die Volksschule. Klare Regeln, die in einer Schuleinheit oder Schulgemeinde einheitlich gelten und konsequent durchgesetzt werden, tragen zu einem gewaltfreien Umgang der Kinder und Jugendlichen miteinander bei.

Verschiedene Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit zeigen, dass mit Pilotversuchen im Rahmen von Gesamt-Entwicklungsprojekten mit klarer Stossrichtung und wissenschaftlicher Abstützung rasche Fortschritte erzielt werden können.

Dieser Ansatz könnte auch zur Reduktion der Gewalt an Schulen gewählt werden: Im Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsprojekts sollen einzelne Schulen im Kanton eingeladen werden, in einem Programm zur Respektbildung und Gewaltreduktion mitzumachen. Dabei soll erprobt und erfasst werden, mit welchen Mitteln und Wegen Kinder und Jugendliche am besten zu einem gewaltfreien Umgang miteinander angehalten werden können. Mit einzubeziehen wären zum Beispiel die Werte-Erziehung im Fach „Mensch und Umwelt“, die Einhaltung einer strikten Schulordnung und klarer Vorschriften im Umgang mit der Bekleidung, die einen geordneten Schulbetrieb fördern, aber auch die Inpflichtnahme der Eltern. Das Projekt soll wissenschaftlich vorbereitet und untersucht werden, und die Schulen, die daran teilnehmen, sollen das Label „Gewaltfreie Schule“ erhalten (vgl. das Projekt „Schulen mit Profil“ im Kanton Luzern).

Die Regierung wird eingeladen, in einem Bericht die entsprechenden Möglichkeiten aufzuzeigen, mit denen im Kanton St.Gallen die Gewalt an Schulen reduziert bzw. wie ein solches Programm zur Reduktion der Gewalt an Schulen wissenschaftlich und organisatorisch ausgestaltet werden kann.

CVP-Fraktion